

Der Tag X

Heute stimmen die Briten über den Brexit ab – die grosse Repor

Vom Fischer bis zum Banker: Eine Frage bewegt das Land

Warum sollte man den Brexit wählen – und warum den Verbleib? Eine kleine Reise durch die Interessen der Briten

VON FABIAN HOCK, PLYMOUTH UND LONDON

Der neblige Regen, der mehr aus einem riesigen Zerstüber zu kommen scheint als aus offenen Schleusen, umhüllt die Küstenstadt Plymouth im Südwesten Englands seit zwei Tagen. Es ist ein Regen, der die Brille benetzt, aber die Jeans gerade noch trocken bleiben lässt. «Ein Tag, um im Pub zu bleiben», sagt Louise. Sie führt ein kleines Hotel unweit der Promenade, auf der heute so gar niemand spazieren gehen mag.

In der kleinen Hotelbar steht Louises Vater John und schenkt warmes Ale ein. Ein «Betty Stogs», das nicht nur eine unverschämte dicke Engländerin auf dem Etikett trägt, sondern auch ein eigenes Lied hat, welches, übersetzt, etwa so geht: «Verabschiede dich von deinen Weinen und Whiskys, deinen Brandys und Groggs. Ich segle einmal um die Welt für ein Glas Betty Stogs».

Für das Bier ist die «Nordwestschweiz» nicht in Englands Südwesten gereist, wohl aber um zu erfahren, was die Menschen hier über den Brexit denken. Soll Großbritannien raus aus der Europäischen Union? Heute stimmen die Briten darüber ab. Auch Barkeeper John wird abstimmen. Und zwar mit «Remain», mit einem «Ja» zur EU. Auch wenn vieles korrigiert werden müsse, etwa in der Migrationspolitik, sei der Binnenmarkt einfach zu wichtig, sagt er.

Das sieht jedoch gerade in Plymouth nicht jeder so. Vor allem eine Gruppe ist schlecht auf Brüssel zu sprechen – und das nicht erst seit gestern. «Die Fischer sind stinksauer auf die EU», sagt John. Warum, sollten wir bald erfahren.

Frustrierte Nichtwähler

Am nächsten Tag hat der Sprühregen die Gegend noch immer fest im Griff. Eine riesige Glocke aus Wassertropfchen liegt über der Stadt. Ausnahmsweise stört sich heute auch Andy Giles daran. Eigentlich ist er viel Schlummeres gewöhnt, erzählt er noch am Telefon, doch seinem Fischtrawler kann er nur im Trockenen einen neuen Anstrich verpassen. Zur Inspektion und für Maler- und Reparaturarbeiten liegt das 15 Meter lange Schiff im Dock in Cremyll, dem ersten Ortchen des malerischen Landstriches Cornwall. Acht Minuten braucht die herzige Cremyll Ferry für die Überfahrt von Plymouth, das noch zur Grafschaft Devon gehört.

Zeit genug, um von der vom gestern zu Ende gegangenen Volksfest in Cremyll noch etwas gezeichneten, aber überaus sympathischen Triona etwas über die Stimmung der Einheimischen in Sachen Brexit zu erfahren. Sie holt ihr Zelt in Cremyll ab, das sie wegen des Regens in der Nacht zuvor frustriert zurückgelassen hat.

Der Gedanke an die eigene Regierung in London versetzt Triona in eine ähnliche Stimmung wie der Dauerregen in Cremyll. Brexit oder Bremain, das spielt eigentlich gar keine Rolle. «Die Regierung ist sowieso schon längst nicht mehr für uns normale Menschen da», sagt sie. Weder den EU-Befürwortern noch den Gegnern vertraut sie. Deshalb geht die junge Frau, wie viele in ihrem Freundeskreis,

heute auch nicht zur Abstimmung. Auch wenn der emotionale Wahlkampf der letzten Wochen mehr Briten an die Urnen holen dürfte als üblich – nicht alle hat er gepackt.

Stinkefinger zur Begrüßung

Euphorisch in Sachen EU ist auf der Insel eigentlich kaum jemand. Die Bremaner sehen die EU häufig als notwendiges Übel, das für den Zugang zum Binnenmarkt eben ausgehalten werden muss. Andere hoffen bei einem Verbleib auf Grossbritanniens aktive Rolle bei umfassenden Reformen. Die EU behalten, wie sie ist, will indes niemand.

Schon gar nicht Andy Giles. Er will raus, und zwar so schnell wie möglich. Giles gehört zu eben jenem Berufsstand, der fast geschlossen hinter der Brexit-Bewegung steht: den britischen Fischern. «Andy Giles?», fragt ein verdutzter Boots-

ihm doch mal welche ins Netz, wirft er sie direkt wieder über Bord. Die Rechte hätten die Franzosen, sagt er. Deshalb müsse er und seine Zwei-Mann-Crew bis zu drei Stunden aufs Meer hinausfahren, um teureren Fisch zu finden. Tintenfisch, zum Beispiel, oder Seeteufel. Diese unterliegen nämlich keiner Quotenregelung.

Innerhalb der geschützten 12-Meilen-Zone fischten die französischen Boote die Schellfische weg. Dass sie das dürfen, habe historische Gründe, sagt Giles. «Wenn ich im Gegenzug in die 12-Meilen-Zone in französischen Gewässern fahren würde, dann würde die dortige Küstenwache auf mich schießen!»

Aufgeben ist keine Lösung

Die einzige Lösung heisst für ihn: raus aus der EU. Die Rechten müssten neu verhandelt werden, sonst müssten noch viel mehr lokale Fischer aufgeben. «Als ich vor 25 Jahren angefangen habe, waren in meiner Heimatstadt Looe 35 Trawler mit je drei Mann Besatzung im Wasser.» Heute seien es noch sieben mit jeweils zwei Fischern.

Für Giles ist die Benachteiligung der britischen Fischer der einzige Grund, warum er heute für einen Austritt Grossbritanniens aus der EU stimmen wird. Immigration sei ein ungelöstes Problem, aber das sehen hier selbst die EU-Befürworter so. Auch wenn Giles mit vielen Aussagen des Ukip-Chefs Nigel Farage wenig anfangen kann – «für uns Fischer setzt er sich ein», sagt er – und präsentiert stolz ein Foto, das ihn lächelnd neben Farage zeigt. Entstanden sei dieses an der viel beachteten Protestfahrt der britischen Fischer letzte Woche auf der Themse mitten in London.

Dass die Aktion den Anliegen der Fischer Gehör verschafft hat, daran glaubt Giles. Ob sich dadurch etwas ändert – das sieht er skeptischer. Selbst bei einem Austritt aus der EU würden Jahre vergehen, bis notwendige Änderungen durchgesetzt seien.

Für Giles selbst ist das jedoch kein Grund, die Fischerei hinzuschmeissen. Schliesslich, sagt er, könne er nichts anderes als fischen. Das mache er, seitdem er 15 ist. Und das werde er auch weiter machen. EU-Mitgliedschaft hin oder her.

Zwischen Glasfassaden

Vom verregneten Plymouth geht es mit der Great Western Railway in die Hauptstadt London. Gute drei Stunden dauert die Fahrt durch die tiefgrünen Landschaften von Devon, auf deren Hügeln abwechselnd Schafe und Rinder grasen. Vorbei an «Leave»- und «Remain»-Schildern, die in etwa gleicher Anzahl die Bahngleise bis hinein zum Bahnhof Waterloo säumen.

In der City, dem Bankenzentrum Europas gleich hinter der «London Bridge», sitzt Bhupal Adhikari auf der Terrasse eines kleinen Cafés und öffnet eine Dose Limonade. «Hier kommen die Banker zum Essen her», sagt er. Adhikari ist selbst einer. Für ein grosses Geldhaus vom europäischen Festland wühlt er sich täglich durch das, was Kritiker so an Europa verteufeln: die Regularien der EU.

Ein Blick in die Runde macht klar: Der Banker von heute trägt Massanzug in dunklem Blau. Adhikari trägt grüne Rin-



Die britischen Fischer liegen schon lange im Clinch mit der EU. Der Grund sind die aus



Andy «Giles» Giles auf seinem Fischtrawler in Cremyll: Er stimmt heute für den Brexit.



Triona neben der Cremyll: täuscht von der Regierung



«In» or «out»? Heute, am 23. Juni, stimmen die Briten darüber ab, ob Großbritannien Mitglied der Europäischen Union bleiben soll oder nicht. In einer Serie beleuchten wir die wichtigsten Aspekte.

gelsocken zu Stoffhose und weißem Hemd. Geflochtene Bänder um das eine Handgelenk, eine Fitnessuhr ums andere und eine Halskette mit traditionellem Holzschnuck heben ihn äußerlich vom Einheitsblau der Szenerie ab – und auch sonst will der gebürtige Nepalese mit britischem und australischem Pass nicht so recht zum Banker-Klischee passen.

Adhikari stimmt heute mit «Remain». Allerdings nicht, weil er im Falle des Brexits den Kollaps des Londoner Finanzsektors befürchtet. Dieser komme mit einer Delle davon und habe sich bald wieder erholt, sagt er. «Aber die Finanzdienstleistungen sind nicht alles in diesem Land.»

Weniger als ein Prozent der Bevölkerung arbeiteten in der City, rechnet er vor. Der Rest habe Jobs in den Teilen der Wirtschaft, die wesentlich stärker vom EU-Austritt betroffen wären. Und um diese Leute zu schützen, aber auch um bei globalen Themen wie Menschenrechten und Umweltschutz einen Platz am richtigen Tisch zu haben, müsse Großbritannien EU-Mitglied bleiben. In jedem Fall brauche es Reformen in Europa. Mehr Demokratie in

Urtage aus England



Ihrer Sicht unfairen Fangquoten.

BILDER: FABIAN HOCK



Ferry: Die junge Frau ist enttäuscht und wird nicht abstimmen.



Bhupal Adhikari in der Londoner City: Der Banker will die britische EU-Mitgliedschaft beibehalten.

den Institutionen der EU sei dringend nötig.

Dass die unsägliche Diskussion über den möglichen Austritt überhaupt geführt werden müsse, liege an einem einzigen Mann: David Cameron. Der Premierminister habe vor der letzten Wahl unnötigerweise das Referendum angekündigt. Und Leute wie Nigel Farage hätten die Chance mit ihrer Anti-Migrations-Propaganda genutzt, um den Menschen Flausen in den Kopf zu setzen. Ängste zu schüren. Knallharte Opportunisten wie der Londoner Ex-Bürgermeister und «Leave»-Frontmann Boris Johnson riskierten nun den Bruch mit Europa.

Allerdings, schiebt Adhikari nach, sähen das längst nicht alle Banker so. Viele stimmten heute für den Brexit. Auch wenn es niemand zugeben wollte: Das Thema Migration spiele dabei bei vielen eine Rolle.

Uneinigkeit, wohin man schaut

Ein paar Meilen nördlich der City, im Café des Kinder- und Jugendprojektes London Play am Finsbury Park, bringt der 18-jährige Ben Graham die Ansicht vieler «Remain»-Wähler auf den

Punkt: Der Schüler will die Mitgliedschaft behalten, weil die Stimme Grossbritanniens innerhalb einer Gruppe wie der EU im globalen Massstab schwerer wiegt als für sich allein genommen. «Ich glaube, dass es grosse Unstimmigkeiten in der EU gibt, doch diese allein sind nicht Grund genug, die Gemeinschaft zu verlassen», sagt er.

Sein Kumpel Jobe hält dem entgegen, dass eine immer zentralisierter werdende, undemokratische EU kaum erstrebenswert sei. Deshalb wählt er den Brexit.

Dawn Jarrett, die Leiterin des Projekts, unterstützte das «Remain»-Lager von Anfang an. Die gebürtige Londonerin, deren Eltern in den Sechzigern aus Jamaika nach Grossbritannien kamen, zeigt, dass das Thema Migration nicht nur als Argument für den Austritt taugt. «Wir sollten die vielen Gemeinschaften in unserem Land unterstützen», sagt sie. Und zwar nicht allein, sondern als Teil einer grösseren Gruppe von Ländern.

Im Laufe des morgigen Vormittags wird sich zeigen, ob die Briten diese und andere Aufgaben auch künftig in der Gruppe EU, oder aber ganz für sich allein zu lösen versuchen.

ANALYSE zum Schlagwort des Rückgewinns der Souveränität in der Brexit-Debatte

Ideen, Illusionen und Verträge

Britain first» und «Gebt uns unser Land zurück»: Im Gefolge der Brexit-Debatten dreht sich vieles um das Konzept der Souveränität. Der Austritt aus der EU sei gleichbedeutend mit einem Rückgewinn an Souveränität – staatlicher und der des Volkes. Aber die Gleichung: «Halbe Souveränität minus EU gleich volle Souveränität» geht nicht auf.

Moderne Staatstheorien nehmen ihren Anfang bei Thomas Hobbes (1588–1679). Weil das Leben unter allgemeiner Anarchie – wenn «der Mensch für den Mensch ein Wolf ist» – nicht besonders Spass macht, sollen sich alle Bürger einer allmächtigen Staatsmacht, dem Leviathan, unterwerfen. Die Angst vor ihm wird sie abschrecken vor gegenseitiger Gewaltanwendung und das Leben wird für alle besser. Das klingt für uns heute nicht mehr besonders verlockend. Geblieben ist aber in späteren, milderen Versionen, dass die Bürger Teile ihrer Autonomie an die Staatsmacht abtreten. Bei John Locke (1632–1704) erhielten sie dafür die Garantie, ein freies Leben nach eigenen Vorstellungen führen zu können. Nach Jean-Jacques Rousseau (1712–1788) war es nur möglich, dass das Gemeinwohl zustande kommt, indem man die politische Verfügungsgewalt gemeinsam organisiert.

Der Exkurs in die Geistesgeschichte war nötig, um zu zeigen, dass ein auf solche Art begründeter Staat souverän sein muss. Wenn der Bürger verzichtet, seinen Willen eigenmächtig zu vollstreken, sondern darauf vertraut, dass der Staat das zu seinem – und aller – Wohle macht, dann darf sich dieser Staat nicht einem fremden Willen unterwerfen. Er steht in der Loyalitätspflicht zu seinen Bürgern. Staaten dürfen anderen Staaten nicht drehen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde klar, dass dieses Konzept reformbedürftig war. Unter dem Deckmantel staatlicher Souveränität waren Dinge geschehen, die es nicht geben durfte. Innerhalb der UNO sollten Möglichkeiten der Intervention institutionell begründet werden. Und in Europa setzte sich die Idee durch, dass die uneingeschränkte staatliche Konkurrenz, die in der Kleinräumigkeit zu dauernden Kriegen geführt hatte, auch irgendwie gebändigt werden sollte. Die Idee der EU (und ihrer Vorläuferorganisationen) versprach in erster Linie den Frieden zu sichern und danach ein europäisches Kooperationsprojekt zu realisieren, das allen Vorteile bieten sollte.

Die Geschichte der EU – man weiß es – vollzieht sich in einer Reihe von Verträgen. Was waren die Erwartungen, die hinter den Ver-



Christoph Bopp
«Die Bürger sehen die Volksouveränität bedroht und fordern die alte Staatssouveränität ein.»

trägen standen? Man darf davon ausgehen, dass sie eher sozialstaatlich-kooperativ waren. Immerhin wurden Churchills Konservative in England abgewählt und startete Europa ins christdemokratische Zeitalter. Was es aber auch immer war, geblieben sind eh nur die Verträge. Und deren Ziel war die Etablierung des europäischen Binnenmarktes. Also ein mehr ökonomisch-technokratisches als politisches Projekt. Aber das störte lange niemanden, weil es erfolgreich und gut funktionierte.

Aber es ist wichtig, sich zu erinnern, unter welchem Vorzeichen die Bürger der Souveränitätsbeschneidung zustimmten. Denn diese Vorzeichen änderten sich, als sich die Krisenmomente häuften. Jetzt agierte die EU technokratisch, im Geist der Verträge, aber eher nicht demokratisch. Nach dem Scheitern von Bretton Woods und in Zeiten der Globalisierung sollten die Wirtschaften der EU-Staaten marktwirtschaftlich-liberal auf Konkurrenzfähigkeit getrimmt werden (so steht es im Vertrag von Lissabon). Und in der Euro- und Schuldenkrise spaltete das Beharren auf einer strikt austeritären Wirtschaftspolitik die EU-Staaten in Gläubiger- (allen voran Deutschland) und Schuldnerstaaten (despektierlich PIGS-Staaten genannt).

Die Folgen für den Normalbürger waren aber ähnlich. Sparen und Abbau der Staatsleistungen schraubten den Sozialstaat zurück, die Arbeitsmärkte wurden liberalisiert mit der Folge, dass prekäre Beschäftigungsmodelle immer mehr aufkamen. Und die Geldpolitik in der Eurokrise mit Negativ- oder Nullzinsen gefährdet die privaten Sparpläne und sozialen Sicherungssysteme.

Es kommt die Migrations- und Flüchtlingsproblematik hinzu. Viele Bürger fühlen sich zusätzlich bedroht. Man fordert von den Einzelstaaten Massnahmen gegen die Einwanderung, auch wenn klar ist, dass das Problem nur im europäischen Verbund unter Kontrolle zu bringen ist. Die Bürger sehen die Volksouveränität bedroht («unsere Regierung macht nichts») und fordern die alte Staatssouveränität ein, die aber innerhalb der EU nichts mehr gelte. Aber die Volksouveränität ist verspielt, weil das Ziel der EU-Politik sich nicht mehr mit dem deckt, was die Leute sich erhofft hatten. Und die uneingeschränkte Staatssouveränität ist überholt und auch nicht mehr hilfreich.

Man sieht, woher die Wut kommt. Und wie leicht sie sich instrumentalisieren lässt – und wohin sie geleitet werden kann.

@ christoph.bopp@azmedien.ch

Abwarten und Bier trinken

Viele britische EU-Beamte in Brüssel sind nervös. Ihre berufliche Zukunft ist bei einem Brexit ungewiss.

VON REMO HESS, BRÜSSEL

Wenn Grossbritannien heute über den Verbleib in der EU abstimmt, schauen auch die rund 1200 britischen Beamten bei der EU-Kommission gespannt Richtung Westen. «Die Stimmung ist natürlich angespannt», sagt eine EU-Diplomatin mit britischem Pass auf Nachfrage. Die Unsicherheit, wie es bei einem möglichen Brexit weitergehen wird, beschäftigte die Leute. Der Grund: die Karrierechancen der britischen Bürokraten dürften sich rapide verschlechtern. Es ist zwar nicht unmöglich, dass Angehörige von Nicht-EU-Staaten bei den Insti-

tutionen arbeiten. So gibt es auch norwegische Beamte und sogar einige wenige Schweizer, die in Brüssel eine Stelle haben. Das ist aber die Ausnahme.

Feiern mit «Final Countdown»

Bei einem Brexit dürfte sich jedoch London gezwungen sehen, die Anzahl der Diplomaten in Brüssel zu erhöhen. Die Verhandlungen über den Austritt würden für alle eine sehr arbeitsintensive Periode bedeuten. Schon die Verhandlungen über die Vertragsreformen für den Fall eines Verbleibens in der Union seien sehr hart gewesen, sagten britische Offizielle gegenüber dem Online-Portal «Euractiv». Auch deshalb schmeisse der britische EU-Botschafter Sir Ivan Rogers heute eine Party für seine Mitarbeiter.

«Die Referendums-Party ist ein guter Weg, um Druck abzubauen und den Menschen hier für ihre harte Arbeit zu danken», so ein Botschaftsmitarbeiter.

Interessant ist die musikalische Playlist, die bereits programmiert wurde. Darunter finden sich sowohl für Brexit-Gegner wie -Befürworter die passenden britischen Klassiker. «Don't you want me Baby?» von den Synthie-Popern Human League, «Don't look back in Anger» der Brit-Rock-Band Oasis oder «Never Forget» von der 90er-Jahre-Boygruppe Take That zeigen die musikalische Bandbreite. Aber auch die schwedische Hard-Rock-Band Europe mit ihrem «Final Countdown» wird nicht fehlen. Wohl mehr als einmal aus den Boxen trällern wird Rick Astleys Schnulze «Never gonna give you up» aus dem Jahr 1987. Das Lied ist mittlerweile zum inoffiziellen Soundtrack der Brexit-Abstimmung geworden. Dafür verantwortlich ist der in London lebende Belgier Mario Van Poppel. Er schnappte den Brexit-Befürwortern die Internetadresse www.votleave.com vor der Nase weg.